# Außerordentlicher Unterbezirksparteitag KölnSPD

23. November 2019 Köln – Chorweiler

Änderungsanträge zum KWP2020 ohne Ersetzungsanträge zu Wohnen, Verkehr und Bildung

# Voten der Antragskommission



Nr.	Änderungsantrag		Votum
02 AsF Köln		Ergänzung Zeile 436: Die Betreuungszeiten in den Kitas müssen flexibler gestaltbar sein und in jedem Stadtbezirk auch eine Versorgung mit Kitas gewährleistet sein, die bis in die Abendstunden geöffnet haben.	erledigt
		Ergänzung Zeile 768: Bei Straßenbenennungen werden bis zur Parität Frauennamen bevorzugt. Auch bei Auszeichnungen durch die Stadt wie Ehrenbürgerschaften, Preisen, Orden etc. sollen Frauen stärker als bisher berücksichtigt werden.	Annahme
		Ergänzung Zeile 799: {Wir werden einen bedarfsgerechten Ausbau der Frauenhäuser veranlassen,} die ausreichende finanzielle Ausstattung und {}.	Annahme
		Ergänzung Zeile 802: Wir stärken die Ausstiegsberatung für Menschen in der Prostitution. Dazu sollen auch die Einnahmen aus der so genannten Sexsteuer genutzt werden.	
		Ergänzung Zeile 954: Über die Anzahl der Beschäftigten getrennt nach Tarifkräften, Leiharbeitnehmern und Honorarkräften und dem durchschnittlichen Einkommen je Gruppe soll jährlich berichtet werden.	Überweisung an die SPD- Ratsfraktion
03		Wohnen: Zeile 104	
		Wir werden die städtische Wohnungsbaugesellschaft Grund und Boden aktivieren und zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und für bezahlbaren Wohnraum vor allem für Menschen, die dauerhaft Transferleistungen beziehen und für Menschen, die in Allgemeinwohlbezogenen Dienstleistungen wie Feuerwehr, Rettungsdienste, Erziehung und Pflege arbeiten, auf städtischen Grundstücken für diese Menschen bezahlbare Wohnungen bauen.	

## **Bildung**

Zeile 486:

neu:11.6 Wir setzen uns für eine angemessene Ausstattung der städtischen Berufsschulen ein, damit eine qualitative schulische und duale Ausbildung sichergestellt wird.

Erledigt durch Annahme der Kapitel Wohnen und Bildung in den Fassungen der Antragskommission

#### **Arbeit und Wirtschaft:**

Zeile 924 ergänzen nach dem 1. Satz. Die Privatisierung der Wirtschaftsförderung werden wir rückgängig machen, damit Köln wieder die Weichen für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Kölner Wirtschaft stellen kann, deren Stärke die Industrie und die große Vielfalt der Dienstleistungsbranchen ist. 75 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten in den Dienstleistungen – vor allem in den Finanzdienstleistungen, den Medien und der Kreativwirtschaft, den wirtschaftsnahen Dienstleistungen wie Unternehmensberatung, dem Einzelhandel, der Gastronomie und den vielen Handwerksbetrieben. Geeignete Flächen, die Höhe der Gewerbemieten, der Fachkräftemangel und vor allem die Aufgabe der Stadt, durch ihre Vergabe die lokale und regionale Wirtschaft nach Möglichkeit zu fördern, müssen wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Durch Startups und Neuansiedlung entstehen neue Arbeitsplätze, aber entscheidend ist die Förderung der Bestehenden.

Votum wird nachgereicht

Zeile 981 - 984. Ersetzen durch. Grundsätzlich gilt, dass Start ups aus eigener Kraft , mit Risikokapital und guter Beratung auf die Beine kommen . Denn dies ist ja die Grundlage von Innovationen Zudem wird die Gründung durch Landesmittel und neue Lehrstühle an der Universität zu Köln gefördert. Bei der Auftragsvergabe werden wir Start ups mit anderen Bietern gleichwertig behandeln.

#### Verkehr:

Zeile 304 ergänzen: Darum müssen alle Haltestellen der Straßenbahn bzw. U- Bahn bis Ende 2021 barrierefrei gemacht worden sein.

Ablehnung bzw. erledigt durch Annahme Kapitel Verkehr in der Fassung der Antragskommission

05 AfB Köln	Punkt In9.3 (Zeilen 442/443):  Bisher: "Die kommunale Schülerpauschale für Sach- und Lernmittel werden wir erhöhen und 442 zu 100% an die Schulen auszahlen lassen."	Erledigt durch Annahme Kapitel Bildung in Fassung der Antragskommission
	Wir beantragen die Änderung in folgenden Satz:  "Die kommunale Schülerpauschale für Sach- und Lernmittel wird verdoppelt und jedes Jahr mindestens um die Inflationsrate (Grundlage stellt der Verbraucherpreisindex dar.) erhöht. Der Gesamtbetrag wird zu 100% den Schulen zur Verfügung gestellt.	
06 SPDqueer	Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm 2020 der SPDqueer Köln - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung Seite 19 Z2.1. 763 Wir wollen miteinander leben, nicht nebeneinander. Deshalb fördern wir 764 Engagement, Initiativen und Projekte, die unsere Kölner Vielfalt bereichern und 765 erfahrbar machen. Wir unterstützen und fördern den CSD, genauso wie den Karneval und 766 anderes Kölner Brauchtum, auch finanziell.	Ablehnung
	<ul> <li>Z2.3.</li> <li>771 zusammen mit vielfältigen Beratungsmöglichkeiten insbesondere für Lesben, Schwule,</li> <li>772 Bisexuelle, trans* und intergeschlechtliche Menschen. Dabei ist uns eine Sensibilisierung für</li> <li>773 potenzielle Diskriminierung im Pflege- und Gesundheitsbereich wichtig. Wir fördern</li> <li>774 Modellprojekte für vielfältiges Leben im Alter oder bei Behinderung.</li> <li>Seite 20</li> <li>Z2.7.</li> </ul>	Ablehnung
	Wir stehen für ein lebendiges Nachtleben. Dabei ist uns Vielfalt wichtig – egal ob hetero oder queer, ob Immi oder gebürtiger Kölner, ob im Zentrum oder im Veedel. Um aber die berechtigten	Ablehnung

08	Wir treten den Änderungsanträgen von Uellenberg/Südstadt	
AG 60plus	zur Einleitung bei. Zwei kleine Veränderungen von uns dazu:	gestellt;
	Teilweise	erledigt durch E Kapitel Wohnen in
	Z. 32 Urprungstext nach "Mietendeckel" einfügen das Wort der Fassu	ing der
	"auch", ansonsten Ursprungstext lassen	ommission
	", addit ', ansonsten Grapi angstekt idasen	
	Bei dem Ersetzungstext ab Z. 55 nach Jugendverbänden	
	einfügen "Seniorenvertretungen" und streichen den Satz "Die	
	Zeit, in der aus dem Rathaus die Stadt regiert wurde, ist längst	
	vorbei."	
	voi sei.	
	Z.77 hinter Genossenschaften einfügen "und Erbbauvereine"	
	Z 103 nach Mietendeckel einfügen "nach Berliner Vorbild"	
	Z 137/138 statt "wenn möglich Baugebote erlassen" neu "die	
	Möglichkeit des Erlasses von Baugeboten erweitern"	
	Z. 154 nach neue städtische "gemeinnützige" Bau-	
	Gesellschaft	
	163/164 statt "auf den Prüfstand stellen" neu "verbessern"	
	163/164 statt "auf den Prüfstand stellen" neu "verbessern"	

10	170 hinter Sportplätze einfügen "Bewegungsparcours"  220 nach Wohnung einfügen "wie es besonders im Alter häufig erwünscht ist";  221/222 Schluss des Satzes mit "angeboten werden". Also Streichung des Begründungshalbsatzes von "damitwerden kann".  Jede Zeile ist ein ÄA	
OV Sülz/Klettenberg		Einleitung zurückgestellt
	Beschlussvorschläge:	Wohnen, Verkehr und Bildung erledigt durch
	Zweite Zeile auf dem Deckblatt: Das Wort "Genoss" gegen "Mitglieder" austauschen.	Annahme der Fassung
	Ab Seite 1 fortlaufend:	
	Zeile 9: Das Wort "Genoss" gegen "Parteimitglied" austauschen.	
	Nach Zeile 13 kein Absatz, dafür nach dem Satzende Zeile 15.	
	Zeile 22: hinter Gesundheitsvorsorge, "Grüne Flächen zur Naherholung und zum Schutz vor Klimaerwärmung", einfügen.	
	Zeile 32: Mietdeckel "auch" für Gewerbetreibende ein.	

Zeile 35: erster Satz nach schöne, "grüne" einfügen.

Nach Zeile 40 soll folgender Absatz eingefügt werden:

"Köln wird nachhaltig. Köln lebt in einer globalen Gemeinschaft, die vom Klimawandel und Artensterben bedroht ist. Für uns ist aktiver Klima- und Umweltschutz eine wesentliche Querschnittsaufgabe der Kommunalpolitik, der auch die Lebensgrundlage unserer Kinder und Enkelkinder im Auge hat. Die beste Heizung ist die, die man nicht einschalten muss, da das Haus keine Wärme verliert. Die beste Energie ist die, die vom Himmel fällt, die wir nur auffangen und speichern müssen. Wir setzen auf erneuerbare Energie und ergreifen Maßnahmen zur Verringerung der CO2 Emissionen. Artenschutz und der Erhalt von Freiflächen sowie deren Vernetzung ist uns ein Anliegen. Wir wollen eine durchgrünte Stadt."

#### In Zeile 39 und 40 streichen:

"..., damit sich alle auf unseren Plätzen wohlfühlen und eine Perspektive haben."

Fortfahren neuer Absatz:

"Bund und Land machen den Städten klare Vorgaben für die soziale Grundsicherung, für Arbeitslose, für Leistungen zur Inklusion und Teilhabe, für Kinder- und Jugendhilfe. Diese Leistungen müssen aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden.

Aber kommunale Sozialpolitik kann viel bewirken. Unser Bürger und Bürgerinnen sollen sich in kleinen und großen Notsituationen abgesichert und aufgefangen fühlen.

Wir wollen hochwertige soziale Dienstleistungen etwa in der Familienhilfe, der Jugendhilfe, in der Vermittlung und Förderung von Erwerbstätigkeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in der Vermeidung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit und der Drogenhilfe und Suchtprävention. Die städtische

Gesundheitsvorsorge einschließlich der städtischen Kliniken wollen wir in der Verantwortung der Stadt erhalten und ausbauen." Zeile 85

"Und an den Klimaschutz" ersetzen durch "Zukunftsaufgabe Klimaschutz":

### Zeile 88

Hinter ... Grünanlagen. In der bestehenden Bebauung müssen die oben genannten Kriterien bei Sanierungen ebenfalls berücksichtigt und gefördert werden.

## Zeile 103:

Einfügen hinter ... beschließen "und dazu ein Kölner Modell entwickeln."

## Zeile 104

Wo1.6 Viele Vermieter, vor allem Großanbieter, lassen bestehenden Wohnraum verwahrlosen. Wir setzen uns für den Erhalt von bestehendem Wohnraum in einem menschenwürdigen, akzeptablen Zustand ein. Mieter können erhebliche Mängel beim Amt für Wohnungswesen anzeigen. Wir stärken die Wohnungsaufsicht, als Ansprechpartner für Betroffene und um die Instandhaltung von bestehendem Wohnraum zu gewährleisten. Zeile 128

Hinter .... Flächenmanagement. Freiflächen sollen so gering wie möglich versiegelt werden.

## Zeile 189

Einfügen hinter Kölner Grünflächen, "die Dach- und Fassadenbegrünung …" hinter Wasserflachen. "Wir sorgen für ein Netz von Trinkbrunnen."

## Zeile 192:

hinter ...erlassen: Bei Neubauten sollen verpflichtend mit ...

## Zeile 195

(KfW55) streichen.

## Zeile 197 und 198

ändern: ...die Entsiegelung von Flächen werden wir bestehende

Zeile 199 einfügen: Wir werden deshalb "bei der Stadtverwaltung" eine One-Stop-Beratungsstelle  Zeile 384 "Tempo 30 soll auch in sensiblen Bereichen, wie Schulen, Kitas, Krankenhäusern etc. und an Unfallschwerpunkten eingerichtet werden."  Zeile 480 Einfügen: "Wir fordern ein Schulgartenkonzept."  Zeile 520 In13.7 "Wir wollen das Umweltbildungsangebot an außerschulischen Bildungsangeboten fördern und weiter ausbauen."  Zeile 656 Überschrift (fett): "Energiewende. Sofort anpacken!"  Zeile 675 Hinter Blockheizkraftwerke. Satz einfügen: "Wir wollen, dass das Fernwärmenetz weiter aufgebaut wird und der Anschluss attraktiv angeboten wird."  Zeile 686 Einfügen hinter:, "dass Köln CO2 emissionsfrei wird."	Förderprogramme stärker ausbauen.	
"Tempo 30 soll auch in sensiblen Bereichen, wie Schulen, Kitas, Krankenhäusern etc. und an Unfallschwerpunkten eingerichtet werden."  Zeile 480 Einfügen: "Wir fordern ein Schulgartenkonzept."  Zeile 520 In13.7 "Wir wollen das Umweltbildungsangebot an außerschulischen Bildungsangeboten fördern und weiter ausbauen."  Zeile 656 Überschrift (fett): "Energiewende. Sofort anpacken!"  Zeile 675 Hinter Blockheizkraftwerke. Satz einfügen: "Wir wollen, dass das Fernwärmenetz weiter aufgebaut wird und der Anschluss attraktiv angeboten wird."  Zeile 686 Einfügen hinter:, "dass Köln CO2 emissionsfrei wird."  Fassung der Antragskommission: Wir wollen, dass Köln klimaneutral wird. Und in Z. 695Konzepte für ein klimaneutrales"	Zeile 199 einfügen: Wir werden deshalb "bei der Stadtverwaltung" eine One-Stop-	
Einfügen: "Wir fordern ein Schulgartenkonzept."  Zeile 520 In13.7 "Wir wollen das Umweltbildungsangebot an außerschulischen Bildungsangeboten fördern und weiter ausbauen."  Zeile 656 Überschrift (fett): "Energiewende. Sofort anpacken!"  Zeile 675 Hinter Blockheizkraftwerke. Satz einfügen: "Wir wollen, dass das Fernwärmenetz weiter aufgebaut wird und der Anschluss attraktiv angeboten wird."  Zeile 686 Einfügen hinter:, "dass Köln CO2 emissionsfrei wird."  Annahme  Fassung der Antragskommission: Wir wollen, dass das Fernwärmenetz weiter aufgebaut wird und der Anschluss attraktiv und in Z. 695Konzepte für ein klimaneutrales"	"Tempo 30 soll auch in sensiblen Bereichen, wie Schulen, Kitas,	
In13.7 "Wir wollen das Umweltbildungsangebot an außerschulischen Bildungsangeboten fördern und weiter ausbauen."  Zeile 656 Überschrift (fett): "Energiewende. Sofort anpacken!"  Zeile 675 Hinter Blockheizkraftwerke. Satz einfügen: "Wir wollen, dass das Fernwärmenetz weiter aufgebaut wird und der Anschluss attraktiv angeboten wird."  Zeile 686 Einfügen hinter:, "dass Köln CO2 emissionsfrei wird."  Annahme  Fassung der Antragskommission: Wir wollen, dass Köln klimaneutral wird. Und in Z. 695Konzepte für ein klimaneutrales"		
Überschrift (fett): "Energiewende. Sofort anpacken!"  Zeile 675 Hinter Blockheizkraftwerke. Satz einfügen: "Wir wollen, dass das Fernwärmenetz weiter aufgebaut wird und der Anschluss attraktiv angeboten wird."  Zeile 686 Einfügen hinter:, "dass Köln CO2 emissionsfrei wird."  Fassung der Antragskommission: Wir wollen, dass Köln klimaneutral wird. Und in Z. 695Konzepte für ein klimaneutrales"	In13.7 "Wir wollen das Umweltbildungsangebot an außerschulischen	Ablehnung
Hinter Blockheizkraftwerke. Satz einfügen: "Wir wollen, dass das Fernwärmenetz weiter aufgebaut wird und der Anschluss attraktiv angeboten wird."  Zeile 686 Einfügen hinter:, "dass Köln CO2 emissionsfrei wird."  Antragskommission: Wir wollen, dass Köln klimaneutral wird. Und in Z. 695Konzepte für ein klimaneutrales"	<b>.</b>	Annahme
Economic dor	Hinter Blockheizkraftwerke. Satz einfügen: "Wir wollen, dass das Fernwärmenetz weiter aufgebaut wird und der Anschluss attraktiv angeboten wird."  Zeile 686	Antragskommission: Wir wollen, dass Köln klimaneutral wird. Und in Z. 695Konzepte für ein
Zoilo 609	Einfugen ninter:, "dass Koln CO2 emissionsfrei wird."	
Zeile 090	Zeile 698	Fassung der

Streiche "Aber Hallo, füge ein: "solidarisches Miteinander"	Antragskommission: Zusammenleben: Solidarisches Miteinander im Veedel
Zeile 722 Ergänzung: nachsoziale Institutionen. "finanzielle Absicherung in der Jugendsozialarbeit," einfügen.	Ablehnung
Zeile 738 Hinter vernachlässigt werden. : "Wir werden die Steinwüsten abschaffen. Die Plätze der Stadt sollen grün (Bäume, Nutzpflanzen) und kommunikativ werden und mit Bänken und Wasser (Teich oder Brunnen) ausgestattet sein."	Fassung der Antragskommission: Durch mehr Grün und Wasser wollen wir den Folgen des Klimawandels entgegenwirken.
	Fassung der Antragskom. Z.5.4. Z. 848: Wir schaffen mehr Möglichkeiten zum Recycling von Elektroschrott.
Zeile 850 (folgende) Z5.5 "Wir realisieren ein drittes Wertstoffcenter im Kölner Süden. Die Reinigung aus einer Hand werden wir intensivieren."	Statt "realisieren" "setzen uns ein für" 2. Satz an den Anfang der Forderung unter: 5.1. in folgender Fassung "Wir schaffen eine einheitliche Zuständigkeit für die Sauberkeit in Köln.
Z5.6 "Wir setzen uns für Müllvermeidung, Recycling und eine Reduzierung der Nahrungsmittelverschwendung ein.	Annahme

Zeile 856	
"oder Cummunity Garden" streichen.  Danach einfügen: "Landwirtschaftliche Flächen im Kölner Stadtgebiet sollen ökologisch und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir fördern Aktivitäten der partizipativen Landwirtschaft, wie Mietäcker, Solidarische Landwirtschaft, Selbsternteflächen etc."	Annahme
Zeile 857 / 858 Den Satz: "Wir werden deshalb mehr öffentliche Grillplätze einrichten." streichen.	Ablehnung
Zeile 907 Ergänzung Z8.7. Wir möchten, dass Pflegeheime lebenswerte Orte sind. Und werden die Qualität von Pflegeheimen stärken und weiter Plätze schaffen.	Hier streichen; Ergänzung unter Z. 717 nach "viel Hilfe benötigen" ergänzen. Wir setzen uns für eine gute Qualität von Senior*innen- und Pflegeheimen ein.
Zeile 990 "Roadmap" in Klammern soll deutsche Bedeutung eingefügt werden.	Ablehnung
Zeile 1038 Hinterzeitlich einschränken: "Wir fördern eine emissionsarme Logistik, vor allem auf der letzten Meile (Lastenräder einsetzen)."	Ablehnung; in Z. 1037nach "neue" "emissionsarme"
Zeile 1082 "Kultur ist der Garant für eine nachhaltige Entwicklung in allen Teilen unseres Lebens."	Ablehnung
Zeile 1165	

	Streichen "durch die Unterstützung des Kölner Karnevals, aber auch"	Ablehnung
	Zeile 1290 bis Zeile 1295 Streiche ab "Deshalb werden wir … bis mit Skulpturen oder Wandmalereien.	Ablehnung
	Wallandicion.	Annahme
	Zeile 1305	
	K5.7. streichen	
11 OV Ehrenfeld	Programmtitel: Ersetze "Köln für alle. Machen" durch "Mit uns und mit euch. Für ein gutes Leben in Köln!"	ÄAs Einleitung zurückgestellt
	Zeile 26: ergänze: "einsetzen. Aber auch entschieden gegen alle, die mit rechter Hetze das politische Klima in unserer Stadt vergiften wollen."	Zu Wohnen, Verkehr, Bildung erledigt durch Annahme der Kapitel in
	Zeile 180: ersetze durch: Zweckentfremdung von Wohnraum werden wir systematisch bekämpfen. Wir sind für gerechte Lizenzvergaben mit begrenzter Nutzung, verstärkte Kontrollen und Absprachen oder Vereinbarungen mit AirBnB.	den Fassungen der
	Zeile 535 ergänze: "Wir fördern den Sportinklusiv."	
	Zeile 551: streiche: "und durch Pilotprojekte"	
	Zeile 589: ergänze: "Die Bildungsangebote der VHS bieten wir inklusiv an, damit Menschen mit Einschränkungen (wie z.B. Seh- und Höreinschränkungen u.a.) die Möglichkeit haben, daran teilzunehmen."	
	Zeile 602: ergänze: "und zukunftsweisende Lösungen und Konzepte finden, die nicht zulasten der Arbeitnehmer*innen und Freischaffenden gehen.	Annahme
	Zeile 698: streiche: "Aber Hallo"	erledigt
	Zeile 707: ergänze "Orientierung. Wir stehen fest an der Seite derer, die sich für eine solidarische und tolerante Stadtgesellschaft und gegen Rassismus, Antisemitismus, rechte Hetze und Gewalt sowie die Ausgrenzung von Minderheiten einsetzen. Wir wollen, dass	
	Theize und Gewall sowie die Ausgrenzung von Milidemeilen einselzen. Wil Wollen, dass	

	Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur, Religion und sexueller Orientierung in Köln friedlich, angstfrei und respektvoll zusammenleben und dass Flüchtlinge Schutz und Solidarität erfahren. Wir unterstützen deshalb Arsch huh und andere zivilgesellschaftliche Initiativen beim Kampf gegen Rechtspopulismus und –extremismus und arbeiten aktiv im Bündnis "Köln stellt sich quer" mit. Wir rufen alle Kölner*innen auf, mit uns die Grundwerte der Demokratie gegen ihre Gegner innerhalb und außerhalb der Parlamente zu verteidigen."	
12	Vor Zeile 724: einfügen:	
OV Ehrenfeld	Gleiche Teilhabe und Zusammenleben in der Einwanderungsstadt Köln	
	Wir bekennen uns zur Tradition der Stadt Köln als einer Einwanderungsstadt. Heute leben Menschen aus 180 Nationen in Köln. Jeder dritte Einwohner hat eine Migrationsgeschichte, bei den jungen Menschen ist es bald jeder zweite. Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass ein gemeinsames Zusammenleben auf der Basis gleicher Teilhabe und gegenseitigen Respektes und eines zunehmenden Miteinander gelingt.	Ablehnung als Gesamtantrag; Übernahme folgender inhaltlicher Aspekte:
	Migrant*innen und ihre Familien brauchen menschenwürdige Wohnungen und gute öffentliche Dienstleistungen in der gesamten Stadt. Die kulturelle Vielfalt der Stadtteile ist eine Bereicherung, darum müssen soziale Ausgrenzung und Ghettoisierung überwunden werden. Dort, wo die Menschen gute Lebensbedingungen und bezahlbaren Wohnraum vor allem brauchen, müssen die Schwerpunkte der Förderung von bezahlbaren Wohnungen und einer lebenswerten Stadt sein.	
	Gute Arbeit, guten Bildung und ein menschenwürdiges Leben ist das gemeinsame Interesse vieler Menschen in Köln ob mit oder ohne Migrationsgeschichte. Darum dürfen die Interessen der Menschen mit – nicht gegen die Interessen der Menschen ohne Migrationsgeschichte ausgespielt werden. Der soziale Zusammenhalt zerreißt endgültig, wenn es zu offenen Konkurrenzkämpfen kommt. Solidarität in der gemeinsamen Interessensvertretung muss gesucht und praktiziert werden.	
	Unsere Vorhaben:	Z 1078 nach
	Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und des Stadtwerkekonzerns Die Interkulturelle Öffnung der Stadt und aller ihrer Dienstleistungen muss fortgesetzt werden, Interkulturelle Öffnung bedeutet, dass die Dienstleistungen in mehreren Sprachen auch mit Hilfe von Sprachmittlern angeboten und zielgruppengerecht gestaltet werden. Dies	"sicherstellen." Einfügen:  Dabei setzen wir die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung

bedeutet aber ebenso, dass die Interkulturelle Qualifizierung der Beschäftigten fortgesetzt und dass auf eine multikulturell orientierte Vergabe der Plätze etwa in Kitas und Schulen geachtet werden muss. Interkulturelle Qualifizierung muss auch für die Gesundheitsvorsorge verpflichtend werden.

konsequent fort und nutzen die Kompetenzen von Menschen Migrationshintergrund für ein breites – auch mehrsprachiges -Serviceangebot.

Interkulturell qualifiziert werden muss über die bisherigen Anstrengungen hinaus auch das Personal von Unternehmen des Stadtwerke Konzerns wie etwa der KVB oder der Rheinenergie. Keine Dienstleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge darf misslingen, nur weil Sprachbarrieren unüberwindbar sind.

Auch durch den aktuellen Fachkräftemangel werden zunehmend Migrantinnen und Migranten eingestellt, Aber dies reicht nicht aus. Darum müssen in der Personalpolitik bis hin zu den Leitungsaufgaben Menschen mit Migrationsgeschichte eine gleichberechtigte Chance auf Beschäftigung bekommen, notfalls auch über eine Quote.

Viele Menschen mit Migrationsgeschichte brauchen gute Dienstleistungen zur besseren Integration um ein selbstbestimme Lebens in dieser Gesellschaft zu führen. Dies muss sich im städtischen Haushalt abbilden. Integration muss als Querschnittsaufgabe gedacht und durch das neue Amt für Integration und Vielfalt auch verwirklicht werden.

Z. 1141 einfügen:
Wi 8.5. Die Unternehmen
im Stadtwerkekonzern
sind ein wichtiger
Arbeitgeber für die Stadt
mit einer hohen
Vorbildfunktion. Auch hier
werden wir die
interkulturelle Orientierung
stärken und Menschen mit
Migrationshintergrund
neue berufliche Chancen
eröffnen.

## Diskriminierung – für gleiche Rechte

Unabhängig von der sozialen Lage und der gesellschaftlichen Stellung begegnen Migrantinnen und Migranten meist aus südlichen oder südöstlichen Ländern Abwertungen und Diskriminierungen. Die Arbeit der beiden Antidiskriminierungsbüros und der Stelle im Kommunalen Integrationszentrum reichen bei weitem nicht aus. Darum müssen zum einen diese Büros und Stellen zahlenmäßig ausgeweitet werden. Sie müssen in die Lage versetzt werden entsprechend dem AGG Beschwerden aufzunehmen, proaktiv über Rechte Betroffener aufzuklären. Zum anderen braucht Köln eine öffentliche von der Stadt und allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Arbeitgeber und Gewerkschaften getragene Kampagne für gleiche Rechte, Anerkennung und Respekt. Alle Kölner Medien

Z. 770 nach "... einrichten" einfügen: In Köln bereits existierende Strukturen der Antidiskriminierungsarbeit wollen wir personell und finanziell stärken.

werden zu einer nicht diskriminierenden Berichterstattung über Migrantinnen und Migranten aufgefordert und verzichten auf die Nennung der Herkunft von Tatverdächtigen.

# Verschieden Religionen und Kulturen bekannt machen und als gleichwertig anerkennen

120 Religionen gibt es in Köln. Im Rat der Religionen führen ihre wichtigsten Repräsentanten seit Jahren einen intensiven Dialog. Dies muss auch auf die Stadtgesellschaft Auswirkungen haben. Kennenlernen unterschiedlicher Kulturen und Religionen nimmt in der frühkindlichen Bildung und der Schulbildung einen hohen Stellwert ein. Aber das Wissen und das gegenseitige Kennenlernen im Alltag wird oft von Vorurteilen verstellt. Es ist Aufgabe der Medien, der Religionsgemeinschaft und der interkulturellen Zentren sich mehr als bisher zu öffnen, den Dialog zu suchen, aber ebenso der Stadtgesellschaft, den Vereinen und vielen Akteuren der Einladung auf Dialog und Verständigung zu folgen. Wir brauchen in der Stadt mit ihrer ausgeprägten Fest- Feier und Eventkultur ein von Interkulturalität und Verständigung geprägtes Klima

## Ein menschenwürdiges Einwanderungs- und Aufenthaltsrecht einfordern und wo möglich auf kommunaler Ebene realisieren!

Ein menschenwürdiges Einwanderungs- und Aufenthaltsrecht und eine die Vielfalt und Gleichheit achtende Politik von Bund, Land und Kommune bleibt unser Ziel. Wer lange in Köln lebt und sich hier integriert hat, muss bleiben, gleich aus welchem Grunde er oder sie hierhergekommen sind. Schutzsuchende werden auch weiterhin kommen und die Stadt ist der beste Ort eines Zurechtfindens in Deutschland. Das gesamte Aufnahmeverfahren von Land und Bund muss wieder darauf ausgerichtet werden.

Wir respektieren die Genfer Flüchtlingskonvention und die EU-Aufnahmerichtlinen. Darum werden wir die Rechte Schutzsuchender achten, menschenwürdige Unterkünfte vorausschauend schaffen, die Betreuung und Unterstützung besonders für Menschen mit besonderem Schutzbedarf auf hohem Niveau und die Beratung und Unterstützungsleistungen und Akteure wie etwa der Flüchtlingsrat auch bei sinkenden Zahlen Schutzsuchender in städtischer Obhut in vollem Umfang gewährleisten.

## Selbstorganisation und politische Teilhabe der Eingewanderten stärken.

Wir halten daran fest, dass alle Eingewanderten, die in Köln ihren Lebensmittelpunkt haben, das kommunale Wahlrecht erhalten. Eine Änderung der Landesverfassung ist am Widerstand der CDU gescheitert. Darum werden wir die politischen Teilhaberechte aller Eingewanderten im Rahmen des Möglichen stärken:

Der Integrationsrat wird auf der Basis des bisher praktizieren Wahlverfahrens den Status eines Ausschusses mit allen Rechten erhalten. So kann Integration als Querschnittsaufgabe auf der Basis gleicher Teilhabe besser verwirklicht werden. Das Amt

	für Integration und Vielfalt im Bereich der Oberbürgermeisterin muss in seiner Steuerungsfunktion gestärkt werden und dem aufgewerteten Integrationsausschuss zugeordnet sein.  Alle für die Integration relevanten Ausgaben der Stadt (Personal,- Sachkosten und Transferleistungen für Dritte) werden in einer gesonderten Übersicht zusammengefasst. Dazu gehören sowohl die Ausgaben in Verantwortung des Amtes für Integration und Vielfalt (Dezernat OB) wie auch die in anderen Dezernaten bewirtschafteten Posten. Die Einwerbung von Drittmitteln für die Integration wird zentral vom Amt für Integration und Vielfalt sichergestellt.  Migrantenselbstorganisationen und Interkulturelle Zentren werden wir weiterhin auf hohem Niveau unterstützen.	
14 OV Rath/Heumar	Seite 8, Zeile 315, nach " deutlich erhöhen." einfügen: "Als ersten Schritt werden wir bis spätestens Ende 2022 auf allen Stadtbahn- und wichtigen Buslinien einen mindestens 10minütigen Takt an Samstagen tagsüber und an Sonntagen nachmittags einführen".  Begründung: Die bisherigen Kapazitäten von Bus und Bahn reichen auch am Wochenende längst nicht mehr aus. Wir können durch eine Taktverdichtung kurzfristig einen Umstieg vom Auto auf den ÖPNV im Einkaufs-, Ausflugs- und Freizeitverkehr gerade auch für Pendler vom Stadtrand und dem Umland attraktiver machen. Dies ist ohne Baumaßnahmen und mit dem vorhandenen Fahrzeugpark umsetzbar. Zusätzlich erforderliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den KVB können binnen zwei Jahren eingestellt und qualifiziert werden.  Seite 8, Zeile 328, nach " angebunden." ergänzen:	Erledigt durch Annahme Kapitel Verkehr in der Fassung der Antragskommission
	"Der Linienverkehr insbesondere der Buslinien am Stadtrand wird in	

	die Nachtstunden hinein ausgeweitet."	
	Begründung:	
	Aktuell enden die Querverbindungen der Veedel am Stadtrand oftmals	
	in der Woche bereits um 20:00 Uhr. Danach sind erhebliche Umwege	
	erforderlich. Dies entspricht nicht dem Bedarf der Bürger*innen und	
	regt dazu an, vom ÖPNV auf Individualverkehr auszuweichen.	
	rege daza ari, vom or ivv dar maiviadarverkem daszawerenem	
16		
OV Nippes	1. Titel ändern in: "Mit uns und mit euch. Für ein gutes Leben in Köln!"	
	<ol><li>Wähler*innen bitte im gesamten Programm siezen, nicht duzen.</li></ol>	
	3. Streiche in der Einleitung: "In zwölf Veranstaltungen,…das es in dieser Form noch	ÄAs Einleitung
	nicht gegeben hat.", ergänze den Satz davor wie folgt: "Stadt geformt – getragen	zurückgestellt
	durch die Mitarbeit der Foren, der Arbeitsgemeinschaften, der Fachpolitiker*innen	<b>7</b> W
	und Expert*innen der KölnSPD".	Zu Wohnen, Verkehr,
	<ol> <li>Streiche Zeile 3 und 4: "Du interessierst dich für das Wahlprogramm der SPD für Köln. Super! Dafür schon jetzt vielen Dank. Wir haben viel Arbeit in das Programm</li> </ol>	Bildung erledigt durch Annahme der Kapitel in
	gesteckt. Denn".	den Fassungen der
	5. Ändere: Aus Verkehr, Bildung und Digitalisierung eigenständige Kapitel machen.	Antragskommission
	Überschrift Infrastruktur überall streichen.	7 initiagenommeeten
	6. Dementsprechend: ändere die Abkürzungen "In1" bis "In20", inklusive der	
	Abkürzungen bei den Unterpunkten.	
	7. Hinter "Und so schaffen wir das." in Zeile 89, 249, 430, 619, 725, 928 und 1183	
	statt dem Punkt einen Doppelpunkt am Satzende setzen.	
	8. Streiche Titel in Zeile 61, ändere in "Wohnen. Bezahlbar. Machen".	
	9. Streiche in Zeile 229: "Aber ohne Kollaps".	
	10. Streiche Titel in Zeile 403, ändere in "Kostenfrei. Bildung. Für alle."	A management
	11. Streiche in Zeile 593 hinter "Digitalisierung. Aber richtig.", ersetze durch: Digitalisierung und Energiewende: Clever. Innovativ. Klimafreundlich."	Annahme
	12. Verschiebe Zeile 645-655, Unterpunkt In18 zu In9 und damit in das Kapitel Schule.	Ablehnung
	13. Streiche in Zeile 698 "Aber hallo.", ändere in: "Im Veedel."	Erledigt durch Annahme
	To. Ottolone in Zone ood "Alber Hano. , andere in. "im voodel.	Sülz
	14. Schreibe in Zeile 827 bei Z4.3 "Bezirks-SV" aus (Bezirksschülervertretungen).	Annahme
	15. Ergänze "weiterhin" in Zeile 829 bei Z.4.4 hinter "wir".	Annahme
	16. Unterpunkt Z7.1 in Zeile 876 inhaltlich ausführen und beschreiben, was "Frühen	Ablehnung
	Hilfen" sind oder ersatzlos streichen.	
	17. Streiche Titel in Zeile 908, ändere in: "Arbeit. Sozial. Sicher."	Ablehnung

	<ul> <li>18. Streiche in Zeile 922: "Das Tafelsilber steht nicht zum Verkauf!"</li> <li>19. Streiche in Zeile 927: "Eigentlich kaum zu glauben, dass es die noch gibt."</li> <li>20. Streiche in Zeile 1170: "Aber für alle", ändere in: "Für alle."</li> </ul>	Annahme Annahme Annahme
17 OV Weiden	Änderungsantrag zu Wi6.5. (Zeilen 1068 + 1069, Großmarktverlagerung)	
	Ersatz der Zeilen 1068 und 1069 durch den Passus: Wi6.5. Wir stehen für eine klare Lösung für die Verlagerung des Großmarkts an einen neuen, geeigneten Standort und sichern damit diesen wichtigen Bestandteil der städtischen Daseinsvorsorge.	Ablehnung
	<b>Erläuterung:</b> Die Worte "nach Marsdorf 1068" sind durch den Passus an "einen neuen, geeigneten Standort" ersetzt.	
20 OV Kalk	Der Parteitag der KölnSPD möge mit Bezug auf den Entwurf des Kommunalwahlprogramms "Köln für alle. Machen!" zum Thema Bildung aufgrund der durch den OV Köln Kalk-Humboldt/Gremberg gestellten Änderungsanträge folgendes beschließen:	Erledigt durch Annahme Kapitel Bildung in der Fassung der Antragskommission
	Änderungsantrag Nr.1: Offener Ganztag / ergänzen nach Zeile 496 (S.13): Keine Dumpinglöhne im Bildungsbereich: Die Pädagogischen Mitarbeiter*innen, die Kinder und Jugendliche engagiert betreuen, müssen besser bezahlt werden. Die Stadt wird nur noch mit Trägern zusammenarbeiten, die den Mitarbeiter*innen im Offenen Ganztag einen Lohn in Höhe des Öffentlichen Dienstes (TVÖD) zahlen. Zur Förderung der Qualität der täglichen Betreung von Kindern und Jugendlichen werden wir werden mehr pädagogisches Personal anstellen bzw. die Stundenzahl erhöhen und einen der wichtigen Aufgabe des Offenen Ganztags angemessenen Personalschlüssel und Qualitätsstandards (pädagogisch, räumlich) festlegen.	
	Änderungsantrag Nr.2: VHS / ergänzen in Zeile 587 (S.14):  Die Volkshochschule soll allen Bürger*innen offen stehen – egal welche Bildung sie bisher genießen konnten. Die VHS ist ein Ort des lebenslangen Lernens und der Bildung für alle. Entsprechend werden wir das Angebot der Volkshochschule entsprechend dem Bedarf erweitern und die Beiträge für die Teilnehmenden senken. Kürzungen lehnen wir ab und werden sie rückgängig machen. Die Kursleiter*innen an der VHS werden wir aus der Prekarität herausholen. Die arbeitnehmerähnlich	

	beschäftigten Lehrkräfte werden wir in Festanstellung beschäftigen. Alle Honorarkräfte werden wir sozial besser absichern durch Honorarfortzahlung im Krankheitsfall und einen Honorarzuschuss, der dem Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungskosten entspricht. Alle Lehrkräfte müssen gleich bezahlt werden – wir gleichen den Stundensatz an den der Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache an.  Änderungsantrag Nr.3: Rheinische Musikschule / ergänzen in Zeile 591 (S.14):  Musikalische Bildung muss allen Bürger*innen ermöglicht werden – auch solchen, in deren Umfeld das Erlernen eines Instruments nicht selbstverständlich ist. Deshalb werden wir das Angebot der Rheinischen Musikschule angesichts der vollen Wartelisten ausbauen und die Teilnehmerbeiträge senken, bei gleichzeitigem Erhalt der Unterrichtsqualität. Die prekäre Arbeitssituation der Musiklehrer*innen werden wir ähnlich wie an der VHS verbessern und die drohenden Kürzungen zurücknehmen.  Zur Verbesserung der prekären Arbeitssituation an der Rheinischen Musikschule werden wir:  - den Anteil der in Festanstellung arbeitenden Musikschullehrer*innen weiterhin deutlich ausbauen,  - alle Honorarkräfte sozial besser absichern durch Honorarfortzahlung im Krankheitsfall  - und alle Musikschullehrer*innen wie im Öffentlichen Dienst (TVÖD) entlohnen und dies	
21 OV Kalk	Änderungsantrag Nr. 4: Bereich Bildung / ergänzen in Zeile 487 (S.12):  Alle Menschen, die an den Schulen arbeiten – auch Reinigungskräfte – werden wir durch die Stadt anstellen und/oder wie im öffentlichen Dienst bezahlen. Kein Outsourcing und keine Billiglösungen im Bildungsbereich.  Der Parteitag der KölnSPD möge mit Bezug auf den Entwurf des Kommunalwahlprogramms "Köln für alle. Machen!" zum Thema Wohnen aufgrund der durch den OV Köln Kalk-Humboldt/Gremberg gestellten Änderungsanträge folgendes beschließen:	Erledigt durch Annahme Kapitel Wohnen in der Fassung Antragskommission
	Änderungsantrag Nr.1	

Seite 3: Ergänze unter dem Kapitel "Wohnen" in den Zeilen 67 - 69 (Ergänzungen sind unterstrichen): "Bezahlbares Wohnen ist deshalb eines unserer wichtigsten Anliegen", denn Wohnen ist Menschenrecht. "Dazu müssen bereits bestehende Wohnungen wieder bezahlbar werden, es müssen aber auch viel mehr neue, bezahlbare Wohnungen gebaut werden". Dafür zu sorgen ist Kernaufgabe der Stadt und des Staates.

#### Begründung:

Wir müssen feststellen, dass in der Realität deutlich zu wenig Wohnraum geschaffen worden ist. Zuletzt haben wir diese Aufgabe zu oft den Kräften des Marktes anvertraut. Die Verantwortung der Stadt muss nun wieder deutlicher als bisher formuliert und eingefordert werden, weil die Stadt und ihre Vertreter letztlich auch den Bürger\*innen gegenüber Rechenschaft abzulegen haben. Wohnen erfüllt menschliche Grundbedürfnisse und Köln muss dafür Sorge tragen, dass die Menschen unabhängig ihres Geldbeutels und auch in Zukunft ihre Wohnungen bezahlen können.

## Änderungsantrag Nr. 2

• Seite 3: Wo1.1.: Ergänze Zeile 93 - 94:

"Wir wollen die Quote für öffentlich geförderten Wohnraum" <u>auf mindestens 50%</u> "erhöhen, um bei allen Vorhaben des Bebauungsplans einen bezahlbaren Wohnungsbau zu gewährleisten".

## Begründung:

In Anbetracht des Umstands, dass rund 50 % der Kölner\*innen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, sehen wir 50 % öffentlich geförderten Wohnraum als ein legitimes Ziel.

## Änderungsantrag Nr. 3

Seite 5: Ersetze W04.4 Zeilen 154 - 155:

"(...) städtische Bau-Gesellschaft gründen - für schlanke Prozesse und konkrete Ergebnisse im Auftrag der Stadt Köln".

durch: Eine städtische Bau-Gesellschaft ist mit dem Ziel zu gründen, auch zu

	100% staatlich finanzierte, städtische Wohnungen in verantwortungsvollem Umfang zu errichten, sowie für schlanke Prozesse und konkrete Ergebnisse im Auftrag der Stadt Köln zu sorgen.  Begründung: In Anbetracht des lukrativen Wohnungsbaumarkts und der niedrigen Kreditzinsen muss die Stadt eigenverantwortlich - im Interesse der Bürger*innen und im eigenen Interesse - Wohnraum errichten können. Dies ist eine wichtige Erweiterung der Möglichkeiten, um unabhängiger vom Markt für die berechtigten Erwartungen der Menschen und ihrer Daseinsfürsorge arbeiten zu können.	
22 Jusos Köln	Seite 6 Ab Z. 228  228  Neu WO8 Wir fördern Wohnraum für Studierende und Auszubildende 229 Als Universitätsstadt suchen jährlich tausende Erstsemester bezahlbaren Wohnraum in Köln. 230 Dazu kommen mehrere tausend Auszubildende, die während ihrer Ausbildungszeit nur ein 231 kleines Einkommen haben, wodurch es fast unmöglich ist, eine bezahlbare Bleibe in Köln zu 232 finden. Wir setzen uns verstärkt dafür ein, dass vermehrt Wohnraum für junge Menschen 233 entsteht, die in Köln ihre berufliche Ausbildung erhalten. Ähnlich wie nach dem Modell des 234 Studierendendorfs in Hürth Efferen wollen wir in einem Kölner Stadtteil (beispielsweise 235 Mülheim, Merheim oder Chorweiler) eine Unterkunft für Studierende und Auszubildende.  S. 12 IN10.2. 450 Im Vergleich mit anderen Schulformen haben Gesamtschulen für uns höchste 451 Priorität. Bei Planung und Bau von weiterführenden Schulen werde wir konsequent 452 auf Neu- und Ausbau von Gesamtschulplätzen setzen. Denn perspektivisch soll die Gesamtschule als eine Schule für Alle gemäß der bestehenden Konzeption der SPD die einzige Schulform in Köln sein.  Zur Begründung: Durch die Ergänzung dieses Satzes möchten wir die seit Jahren bestehende Forderung der SPD aufgreifen und unser Ziel spezifizieren, dessen Maßnahmen zuvor beschrieben sind.	Erledigt

Seite 23	
<ul> <li>- und sie gleichzeitig mit dem etablierten Unternehmen vernetzen. Dafür wollen wir eine 927</li> <li>Gesamtstrategie entwickeln. Eigentlich kaum zu glauben, dass es die noch nicht gibt.</li> </ul>	
930 W1: Wir fördern gute Arbeit.	Annahme
Wi1.1	
935 Stadtweit engagieren wir uns gegen atypische Formen von Arbeit, wie etwa	
936 sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeiten oder	
ausbeuterische Praktikumsverhältnisse. Außerdem wollen wir das Untergraben von	
betrieblicher Beteiligung unterbinden, Wir wollen jegliche Schlupflöcher zur Aushebelung der Arbeitnehmer*Innenrechte, etwa durch missbräuchliche Werkverträge oder Arbeitnehmer*Innenüberlassung, beseitigen etwa durch missbräuchliche Werkverträge	
939 oder Arbeitnehmerüberlassung.	
Seite 24	
972 Wi3: Wir machen aus Köln einen internationalen Startup-Hotspot	
Wi3.2	
984 Finanzierungsmöglichkeiten. <del>Dazu gehört auch der Aufbau einer digitalen Denkfabrik:</del>	Annahme in folgender
Als Experimentierraum für Innovationen, aber auch Diskussionsplattform für Themen	Fassung, "Denkfabriken Gründen"
986 wie New Work, Digitalisierung oder die Klimakrise. Wir wollen in Kooperation mit Unternehmen digitale Denkfabriken implementieren, um über aktuelle Themen zu debattieren und gemeinsam Innovationen für die Zukunft zu entwerfen.	
Seite 25	
1000 Wi4: Wir integrieren Arbeit und Wirtschaft besser in die Stadt.	

Wi4.2  1005 Wir wollen durch die Ansiedlung neuer Unternehmen neue, tarifgebundene 1006 Arbeitsplätze schaffen; dies wird ein zentrales Kriterium der städtischen 1007 Ansiedlungspolitik sein.	Ablehnung
Wi6: Wir bauen eine Stadt der kurzen Wege.  Wi6.1  1049 Wir werden die funktionale Trennung von Wohnen, Dienstleistungen- und konkreter 1050 Produktion auflösen. Dadurch verkürzen wir die Verkehrswege und-verhindern eine 1051 allzu monotone Siedlungs- und Quartiersentwicklung. Wir wollen, dassProduktionen 1052 mit lokaler Nachfrage wieder in der Stadt und im Quartier ansiedelt-sind. Dies gilt 1053 auch für urbane Manufakturen, die emissions- und lärmfrei produzieren.	Ablehnung
Wi7: Wir machen die Stadtverwaltung leistungsfähiger. Wi7.8  1117 digitalisiert, alle Services über das Internet verfügbar sein. Wir setzen uns dafüeinen digitalen Masterplan und einen "digitalen Kopf" im OB-Büro, die alle Projekte und Initiativen koordiniert und zusammenführt, ein.  Begründung: mündlich.	Ablehnung

24	Einleitung	
OV Stammheim	Rückkehr zum alten Titel, oder aussagekräftiger Ersatz.	
	Streichen des gesamten Einleitungstextes.	ÄAs Einleitung
	Änderung in "Sie", statt du (was daran inklusiv sein soll, hätten wir gerne	zurückgestellt
	mal erklärt).	
	Überschriften dringend überdenken!	
	Zeile 3, Ganze Zeile streichen	Zu Wohnen, Verkehr,
	Zeile 4, Satz 1 streichen. Satz 2, "Denn" streichen und 3. Satz mit "und"	Bildung erledigt durch
	verbinden	Annahme der Kapitel in
	Zeile 6, "neue und alte" streichen.	den Fassungen der
	Zeile 8, "genau" streichen. "Nachlesen" ersetzen durch "lesen"	Antragskommission
	Zeile 10-13, streichen ab "mit viel Herzblut" (oder durch sinnvolle	
	Beispiele ersetzten, die nicht normales Geschäft der Verwaltung sind).	
	Zeile 14, Klammer "ebenfalls ehrenamtlich" streichen	
	Zeile 25-26, "für eine bessere Welt" streichen, "schöneres" ersetzen durch "ihr"	
	Zeile 27, 1. Satz "Köln lebt durch seine Veedel"	
	Zeile 29, "gut" streichen	
	Zeile 35-39, einzelne "negative" Plätze zu benennen ist nicht zielführend.	
	Geht es um Plätze oder die Stadt (Zeile 38)?	
	Zeile 41, "finanzieren" statt bezahlen	
	Zeile 42, ab "Dazubis "Privater" Streichen.	
	Zeile 45, statt "Jetzt ist es Zeit" ersetzen "Es ist Zeit…"	
	Zeile 51, "Du siehst" streichen. Statt "Wir" Ersetzen durch	
	Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten", "sehr" streichen	
	Zeile 55, ersten Satz streichen. 2. Satz: "diese Version" streichen "kannst du	
	über die Zukunft Kölns abstimmen.	
	Zeile 56-58 Für Druckfassung streichen	
	Zeile 63 "hier" streichen"	
	Zeile 63-66 Ab "Egal…kannst" streichen. Ersetzen durch "Jeder sollte	
	bezahlbaren Wohnraum finden können".	
	Zeile 70, "Dazu bis Satzende: ersetzen durch "Dazu gehört für uns der	

soziale Wohnungsbau!

Zeile 71, "haben Anspruch auf eine solche Wohnung ersetzen durch "haben Anspruch auf Wohnberechtigungsschein, "viel mehr als man oft denkt" streichen

Zeile 74, wenn Verkauf dann mit Konzeptvergabe einfügen

Zeile 76, "die oft…nehmen" streichen und fortfahren "und vor allem die Gesellschaften…wie die GAG und WSK"

Zeile 82, "Wichtig ist uns..bis Wohnungen" ersetzten durch "Neue Wohngebiete müssen von Anfang..."

Zeile 84 "Außerdem müssen " streichen stattdessen "Wir denken die Bedürfnisse…"

Zeile 85, "Auch an den Klimaschutz" streichen. "Auf die Einhaltung der Regelungen zum Klimaschutz der Landesbauordnung muss geachtet werden, ggf. müssen diese ausgeweitet werden.

Zeile 86, ab "indem bis "auf" streichen. Neuer Satz: "Wir setzen auf die Nutzung…..

Zeile 137, einfügen "und" zwischen Supermarkt -Parkplätze Zeile 145-148 streichen. Einfügen: "Bauanträge müssen schneller bearbeitet werden, u.a. durch die "digitale Akte". Eine zentrale Bauleitstelle muss eingerichtet und die Bauaufsicht personell verstärkt werden. 150-158. Streichen, oder überarbeiten. Vergaberecht hebelt die Beschleunigung der Verfahren aus. Mehr Bürokratie hat noch nie zu schnellerer Bearbeitung geführt. Öffentlichkeitsbeteiligung ist vorgeschrieben. Wenn man schneller werden will, geht das nur über die Verkürzung der Verfahren und nicht über ein noch mehr (was ist "echte im Gegensatz zu unechter Partizipation"?!) Zeile 176 Statt "Wir…fördern" ersetzen durch "Wir wollen gemischte Quartiere entstehen lassen"

Zeile 180 "Wir treten...ein, um " streichen.

Zeile 191 "Vorschriften erlassen…" streichen, da bei städt.- Gebäuden Beschlusslage.

Zeile 205 "allen" streichen

Zeile 208 Eingriffsrechte zu klären? Stellplätze müssen vorgehalten werden. Zeile 213 "Wir…prüfen". Streichen

Zeile 215 "Wir wollen…ermutigen" streichen. Ersetzen: "Wir unterstützen….

Zeile 220-223 bis "geben" streichen.

Zeile 226-227 "streichen"

Zeile 297 Wir werden eine Stelle für den "Fußgängerbeauftragen" einrichten.

Zeile 329 ganze Zeile streichen. Wir werden uns bei Bund und Land für die "Vereinfachung.....

Zeile 366 -367 streichen

Zeile 388-402 Aufgaben der Deutschen Bahn. Formulierung "Wir werden uns im Bund und bei den Verkehrsträgern dafür einsetzen.....

Zeile 405-429 Sollte insgesamt neu formuliert werden

Zeile 441 "Dafür..ein. Streichen

Zeile 449 "Sofort" streichen

Zeile "Zusätzlich werden" ersetzen durch "Wir fordern...."

Zeile 461-462 Stellen gibt es. Attraktivität der Stadt als Arbeitgeber erhöhen...

Zeile 463-464 streichen

Im Kapitel muss die Schaffung von Schulplätzen als prioritäre Aufgabe ergänzt werden. Bau von bis zu 40 Schulen erforderlich.

Zeile 479-480 Ergänzen: Entscheidungen muss die Schulekonferenz treffen Zeile 481-482 "Alle Kölner Schulen" ersetzen " an den Schulen, wo es räumlich möglich ist….."

Zeile 492 Ist Beschlusslage

Zeile 543 "Die Menschen....nutzen". Streichen

Zeile 547-549 "Darüber hinaus....umwandeln" streichen

Zeile 575-576 Ausweitung Öffnungszeiten Wochenende streichen.

Zeile 647-655 Besser im Schulkapitel

Zeile 706 "Religionen" ersten durch "unterschiedlichen Glaubens"

Zeile 708 Ersetzen durch "In Köln darf niemand ausgeschlossen werden".

Zeile 708 -709 "Eine.....Veedel." Streichen.

Zeile 718 "Und wir....schätzen" streichen.

Zeile 735 "für neues und altes Engagement" streichen.

Annahme Annahme Annahme Ablehnung

Ablehnung
Vorschlag der
Antragskommission 740-

	Zeile 743 "und von allen anderenkönnen." Ersetzen: Das Angebot wird ergänzt	745 streichen
	Zeile 827 SV ausschreiben Zeile 860-261 "etwa durchJogger". Streichen. Zeile 889-890 Beschlusslage? Flughafen lehnt dies ab. Offenere Formulierung wünschenswert. Zeile 897- BTM ist Bundesgesetz?! Ändern "Legalisierung nur in Mengen für den Eigengebrauch".	Erledigt Annahmen Ablehnung Fassung der Antragskommission Z 8.5. "Wir setzen uns für die Legalisierung von Cannabis ein. Zugleich bekämpfen wir den Drogenmissbrauch, indem wir vermehrt niederschwellige Angebote für Suchtkranke bereitstellen.
	Zeile 910 "Arbeitest du…bis klar". Streichen. Zeile 927 "Eigentlich…gibt". Streichen.	Annahme Erledigt
	Zeile 1138 Satz unvollständig Zeile 1172 "Ohnegrau". Streichen Zeile 1306-1307 ändern in "dieser Förderung in Ausnahmefällen auch bezirksübergreifende Projekte umgesetzt werden können."	Erledigt durch Annahme Fassung Antragskom. ereldigt
25 Sozialforum	Zu Überschrift "Zusammenleben" Zeilen 698 bzw. 775 bzw. als Präambel	
GOZIGIIOI UITI	Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um neue Impulse für die Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen aufzunehmen, mehr Chancen für Menschen mit Behinderungen zu erschließen und die Entwicklung und den Erfolg von Initiativen für gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft voran zu treiben. Sie tut das auch, weil alle Verbesserungen nicht nur behinderten Menschen zugutekommen, sondern allen nutzen, die sich im öffentlichen Raum bewegen.	Votum wird nachgereicht

26 OV Zollstock	1. Streiche Zeile 102
OV ZOIISTOCK	2. Zeile 178: streiche "und Quartiersmanagement"
	3. Ersetze Zeile 186 – 189 durch: "Wir nehmen die bereits jetzt spürbaren Folgen der Zu Wohnen, Vekehr,
	Klimaerwärmung ernst und setzen uns für ein gutes Klima in der Stadt ein. Bei der Bildung erledigt durch
	Ausweisung neuer Baugebiete berücksichtigen wir Aspekte wie  Annahme der Kapitel in
	Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen. Das auf SPD-Initiative den Fassungen der Antragskommission
	beschlossene Programm zur Dach- und Fassadenbegrünung wollen wir fortführen
	und ausbauen. Das einzigartige System der Kölner Grünanlagen wollen wir
	weiterentwickeln und besser vernetzen.
	4. Ersetze Zeile 191 – 193:
	5. Streiche Zeile 225 – 226
	6. Zeile 262: Ändere "werden wir den Takt verdichten" in " werden wir uns dafür
	einsetzen, den Takt zu verdichten"
	7. Zeile 267 – 268: Ersetze letzten Satz durch: "Wir setzen uns dafür ein, den
	gesamten Öffentlichen Nahverkehr so schnell wie möglich auf Ökostrom umzustellen."
	8. Ersetze Zeile 288 – 290 durch: Bessere Versorgung mit Leihrädern durch bessere
	Vernetzung der Anbieter, bessere Abdeckung des gesamten Stadtgebiets und
	bessere Ordnung des öffentlichen Raumes
	9. Ergänze nach Zeile 290: Das Angebot an E-Scootern werden wir ordnen und
	Konzept entwickeln, dass diese einen echten verkehrlichen Mehrwert schaffen.
	10. Streiche Zeile 291
	11. Ändere zeile 348 in: "Wir schaffen gute Alternativen zum motorisierten
	Individualverkehr"
	12. Zeile 386 – 397: jeweils "wir werden uns dafür einsetzen dass…" (sinngemäß.
	Begründung: Alles Zuständigkeit DB)
	13. Zeile 430: Ändere in "Kostenfreie Bildung und faire Bezahlung für alle"
	14. Ergänze nach Zeile 494: "Keine Dumpinglöhne im Bildungsbereich: Die
	Pädagogischen Mitarbeiter*innen, die Kinder und Jugendliche engagiert betreuen,
	müssen besser bezahlt werden. Die Stadt wird nur noch mit Trägern
	zusammenarbeiten, die den Mitarbeiter*innen im Offenen Ganztag einen Lohn in

Höhe des Öffentlichen Dienstes (TVÖD) zahlen. Zur Förderung der Qualität der täglichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen werden wir werden mehr pädagogisches Personal anstellen bzw. die Stundenzahl erhöhen und einen der wichtigen Aufgabe des Offenen Ganztags angemessenen Personalschlüssel und Qualitätsstandards (pädagogisch, räumlich) festlegen.

- 15. Ergänze nach Zeile 503: "In12.5 Alle Menschen, die an den Schulen arbeiten auch Reinigungskräfte werden wir durch die Stadt anstellen und/oder wie im öffentlichen Dienst bezahlen. Kein Outsourcing und keine Billiglösungen im Bildungsbereich."
- 16. Ergänze in Zeile 517 nach "Unterricht": ", das heißt, dass ein Teil des Unterrichts in der Herkunftssprache angeboten wird."
- 17. Ergänze in Zeile 588: "In16.5: Musikalische Bildung muss allen Bürger\*innen ermöglicht werden auch solchen, in deren Umfeld das Erlernen eines Instruments nicht selbstverständlich ist. Deshalb werden wir das Angebot der Rheinischen Musikschule angesichts der vollen Wartelisten ausbauen und die Teilnehmerbeiträge senken, bei gleichzeitigem Erhalt der Unterrichtsqualität. Die prekäre Arbeitssituation der Musiklehrer\*innen werden wir ähnlich wie an der VHS verbessern und die drohenden Kürzungen zurücknehmen.

Zur Verbesserung der prekären Arbeitssituation an der Rheinischen Musikschule werden wir:

- den Anteil der in Festanstellung arbeitenden Musikschullehrer\*innen weiterhin deutlich ausbauen,
- alle Honorarkräfte sozial besser absichern durch Honorarfortzahlung im Krankheitsfall
- und alle Musikschullehrer\*innen wie im Öffentlichen Dienst (TVÖD) entlohnen und dies dauerhaft festschreiben.
- 18. Ändere Zeile 653 655 durch: "Wir werden Schulen mit einer zeitgemäßen digitalen Infrastruktur ausstatten, die digitales Lernen ermöglicht."

Annahme in Fassung Antragskommission: Streiche: ...mit einer SchulApp ausstatten. Dann bis "digitalen Infrastruktur ausstatten." Dann weiter wie bisher.

<ol> <li>Zeile 740: Ändere "Seniorenberatung" in "Senioren- und Pflegeberatung"</li> <li>Zeile 742 – 743: ersetze ", die dafür sorgen [] wohnen können" durch: ".         Angehörigen von Pflegebedürftigen werden gezielt beraten und unterstützt. Die Kümmererbüros sollen die Funktion einer Wegweiser durch die Angebote übernehmen, der niedrigschwellige Angebote bietet."</li> <li>Zeile 744: Ergänze nach "verhindern.": "Wir wollen Quartiere mit sozialer Durchmischung. Bezahlbare Mieten und der Schutz vor Verdrängung für angestammte Anwohner sind dafür unabdingbar. Dafür werden wir alle verfügbaren rechtlichen Mittel nutzen, beispielsweise soziale Erhaltungssatzungen. Die Möglichkeiten des Wohnungsaufsichtsgesetzes zur Beseitigung von Missständen werden wir durch regelmäßige Kontrollen und eine konsequente Ausschöpfung des Bußgeldrahmens konsequent anwenden."</li> <li>Zeile 751: Streiche: "Wir wollen neue Sozialräume schaffen"</li> </ol>	Erledigt durch Votum Antrag 24  dito  erledigt Annahme Kapitel Wohnen  Annahme in Fassung: "Wi wollen das Programm "Starke Veedel – Starke Stadt" weiterentwickeln
Kapitel Z3, Änderung der Reihenfolge in: Z3.3, Z3.4, Z3.6, Z3.5, Z3.1, Z3.2, Z3.7	Annahme